

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 07/2025 vom 13.02.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Das Schicksal der EU könnte vom Ausgang der polnischen Wahlen abhängen*
- *Migrationspolitik. Polen muss die Fehler des Westens vermeiden*
- *Ärzte ohne Grenzen: Wir helfen Migranten, die von Hunden gebissen, geschlagen und verstümmelt wurden. Die Aussetzung des Asylrechts setzt sie dem Tod aus*
- *Polen wird ohne die EU keine Supermacht sein, es würde zu einem gescheiterten Staat und einer gescheiterten Gesellschaft*
- *Donald Trump hat einen US-Botschafter in Polen ernannt*
- *Eine Mauer um ganz Deutschland?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Das Schicksal der EU könnte vom Ausgang der polnischen Wahlen abhängen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Stefan Niesiołowski**

Als sich 1989 die historische Notwendigkeit erfüllte und Polen und mit ihm alle Länder, die durch den Krieg und Jalta ihre Freiheit und Unabhängigkeit verloren hatten, in das vereinte Europa zurückkehrten, schien dies für immer zu sein. Dank der Danziger Abkommen, der Gründung der NSZZ „Solidarność“ und ihrer friedlichen Revolution, deren Symbol Lech Wałęsa war, entstand in Polen eine Enklave der Freiheit im kommunistischen Block. Dann kamen der Zusammenbruch des gesamten Blocks und der Zerfall der Sowjetunion. Polen trat der Europäischen Union bei, einem Staatenbündnis, das eine Antwort auf den Wahnsinn und die Verbrechen des Nationalismus darstellt, und sicherte seine Grenzen und seine Freiheit mit der Nordatlantischen Allianz, die vor allem dank der Vereinigten Staaten Frieden und Sicherheit in unserem Teil der Welt garantiert.

Der Nationalismus im Ansturm

All dies wird nun in Frage gestellt und bedroht, und die „Solidarność“ ist zu einem armseligen Überbleibsel und Anhängsel der PiS geworden, das von Gewerkschaftskarrieristen regiert wird. Doch paradoxerweise ist es Polen, das heute zu einer bedeutenden Kraft wird und eine der wichtigsten Säulen der demokratischen Ordnung, des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands in unserem geopolitischen Raum darstellt.

So wie sich nach dem Ersten und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg die organisierten Ideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus ausbreiteten und eine Bedrohung für die Welt darstellten, so sind wir heute mit der Bedrohung eines aggressiven und zunehmend universellen Nationalismus konfrontiert. Der Nationalismus wird sowohl in islamischen als auch in christlich-fundamentalistischen

Varianten durch religiösen Fanatismus unterstützt. „Wie sich zeigt, führt jeder Fanatismus zur Bestialität“, schrieb Władysław Broniewski 1920 in seinen „Erinnerungen“ an den Krieg.

Die Situation hat sich durch die Machtübernahme von Donald Trump in den USA, eines unberechenbaren Nationalisten, Frauenfeindes, Fundamentalisten, Demokratiegegners und Anhängers des Prinzips „Gewalt vor Gesetz“, deutlich verschlechtert. Auf der anderen Seite ist Polen zu einem wichtigen Faktor auf der Seite des weit gefassten Lagers der Demokratie, Freiheit, Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Nationen geworden. Dazu hat der Sieg des Lagers der Freiheit und der Demokratie bei den Wahlen am 15. Oktober 2023 beigetragen – eine der wichtigsten in der jüngeren Geschichte unseres Landes. Diese Wahlen haben einen sehr gefährlichen Trend in Europa gestoppt, aber nicht endgültig über den Zusammenbruch des nationalistischen Wiederauflebens entschieden.

In unserer Historiosophie wird oft auf den Beitrag Polens zur Verteidigung Europas gegen die türkische Invasion (Schlacht bei Wien 1683) und die Bedrohung durch das bolschewistische Russland (Schlacht bei Warschau 1920) verwiesen. Ich möchte hier nicht näher auf diese These eingehen, aber Tatsache ist, dass sowohl die Türkei im 17. Jahrhundert immer schwächer geworden war als auch dass die Rote Armee im Jahr 1920 wahrscheinlich nicht über eine Streitmacht verfügte, die in der Lage gewesen wäre, Europa oder auch nur Deutschland selbst zu besetzen. Zweifellos war jedoch Polens großes Verdienst für ganz Europa die Ablehnung des gefährlichen Bündnisangebots von Hitler und den Widerstand im September 1939.

Der Nationalismus ist heute im Ansturm, er macht sich den niedrigen Wissens- und Bildungsstand der Gesellschaften, das Internet, soziale Netzwerke und pseudowissenschaftlichen Unsinn zunutze, er vermeidet sachliche Diskussionen, greift auf Lügen, Bestechung und Verachtung zurück und instrumentalisiert Probleme und Schwierigkeiten, die er nicht nur nicht lösen kann, sondern selbst verschärft. Er gewinnt die Unterstützung vieler getäuschter, verblödeter und betrogener Menschen.

Tusks Polen ist eine Hoffnung für die EU

Das Symbol der Feindschaft gegenüber der EU ist Orbán, der die EU als imaginäre Gemeinschaft betrachtet, die man täuschen und ausnutzen kann. Jerzy Baczyński, Herausgeber von „Polityka“, schreibt: „Wenn es um die liberale Option – im systemischen Sinne – und die EU-Option – im geopolitischen Sinne – geht, wird Donald Tusk in den westlichen Medien derzeit als ihr Anführer angesehen, der einzige aus der alten ‚Vor-Brexit-Garde‘ der Unionisten; außerdem ein Politiker, der die lokale Inkarnation Orbáns besiegt hat. Tusk glaubt, dass die Union – mit ihrem immer noch enormen demografischen, wirtschaftlichen und zivilisatorischen Potenzial – alle Voraussetzungen hat, um eine Weltmacht zu sein. Aber nur als Solidargemeinschaft“ („Może Mega?“, „Polityka“ 1.-7. Januar 2025).

Genau für eine solche Union setzt sich Polen heute ein und ist ein wichtiger Bestandteil und eine Hoffnung für eine solche Union. Und eine solche Union ist eine große Hoffnung für Polen. Für Polen in einer solchen Union habe ich über fünf Jahre in Gefängnissen und Internierungslagern verbracht und ich hoffe, dass in Polen niemand mehr aus politischen Gründen inhaftiert wird.

Trumps Amerika ist nicht länger der Verteidiger der freien Welt

Ende der 40er Jahre verglich der amerikanische Außenminister Dean Acheson die Rivalität zwischen den USA und der UdSSR mit dem Zusammenstoß zwischen von Rom und Karthago, der über das Schicksal der Welt entscheiden sollte. Es ist schwer vorherzusagen, wie sich der Konflikt zwischen dem Freiheitslager und dem Nationalismus entwickeln wird, doch im Moment zeichnet sich ein solcher Konflikt ab. Niemand hätte sich in seinen schlimmsten Träumen vorstellen können, dass die größte Bedrohung für einen US-Präsidenten nicht ein aggressives, kriegerisches Russland, sondern die Europäische Union sein könnte, und dass sein wichtigster Berater und Mentor, der Milliardär Musk, den Premierminister Kanadas und allgemein die Führer des demokratischen Westens erniedrigen und verfluchen würde, ohne zu bemerken, dass der Verbrecher Putin Ukrainer, seine Gegner in Russland, ermordet und mit allen Mitteln versucht, das Reich des Bösen wieder aufzubauen.

An der Spitze des Staates, der im Weltkrieg zweimal Truppen nach Europa schickte, um seine Freiheit zu retten, der die kommunistische Aggression in Korea stoppte und in den Jahren des Kommunismus die

Hoffnung der versklavten Nationen war, steht heute ein Mann, der die Annexion anderer Länder fordert, mit Gewalt und Krieg droht, fremde Gebiete und Unterordnung fordert – und damit Hitler und Stalin nachahmt. War es doch der Reichskanzler, der von einer „künstlichen Grenze“ zwischen Polen und dem Reich und dem „deutschen Danzig“ sprach und Lebensraum, Rohstoffe und Flächen forderte, die Deutschland dienen sollten. Es war Stalin, der eine „Korrektur der künstlichen und unfairen“ Grenze bei Leningrad forderte und durch den Mund von Kollaborateuren im Namen des finnischen Volkes sprach. Heute wird Trump zum Sprecher der Separatisten in Grönland und will die Insel unterwerfen und die „Grenzen“ zu Kanada und Panama „korrigieren“.

Ich denke, früher oder später, wahrscheinlich sogar früher, wird das amerikanische Volk Herrn Trump sagen: „Schluss mit diesem Unsinn“, oder es wird zu einer Spaltung kommen und wir werden eine dramatische Rückkehr in die Zeiten des Bürgerkriegs erleben, genau davon träumt Putin. Vielleicht wird dann nicht mehr Amerika, sondern die Europäische Union die wichtigste Kraft und das Bollwerk sein, das die freie Welt gegen Aggressionen verteidigt. Polen ist und wird immer mehr zu einem der ganz wichtigen Länder der Union. Mit seiner starken Wirtschaft, niedrigen Arbeitslosigkeit, zentralen Lage und relativ starken Armee.

Die Wahlen in Polen sind wichtig für die gesamte EU

Polen muss sich vor allem mit der nationalistischen Bedrohung von innen auseinandersetzen. Es fällt mir schwer, das Vorgehen der PiS anders zu beschreiben als: Sie steckt Polen in Brand, um in dem dadurch verursachten Chaos und der Verwirrung die Macht zu ergreifen, Rache an politischen Gegnern zu nehmen, die Demokratie zu zerstören, ihr Regime mit Gewalt zu sichern und zur Zerstörung der Union beizutragen, indem sie sie ihres demokratischen Charakters beraubt. Das Ziel besteht darin, die Europäische Union in eine nationalistische Hülle im Stil der illiberalen ungarischen „Demokratie“ oder etwas Ähnlichem zu verwandeln. Eine solche Union, angeführt von einer nationalistischen Gruppe aus Orbán, Fico, Kaczyński, der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel, Le Pen und einigen anderen Persönlichkeiten dieser Art, würde eine Rückkehr zu der Situation vor 80 Jahren bedeuten, als unser Teil Europas, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, von autoritären Regimen regiert wurde. Sie waren miteinander zerstritten, unfähig zur Zusammenarbeit und Solidarität bei der Verteidigung, sodass sie alle Hitler und Stalin zum Opfer fielen.

Aus diesem Grund sind die Ergebnisse der polnischen Präsidentschaftswahlen heute so wichtig. Die feindseligen Äußerungen des Kandidaten Kaczyński gegenüber der Ukraine sind ein Signal an Putin und eine weitere Bestätigung dafür, dass den PiS-Anhängern die Interessen Polens egal sind; das Einzige, was zählt, ist der Machtgewinn und die damit verbundenen Profite.

Ich glaube, dass wir in den Medien Instrumente wie Boykott, Ausgrenzung und Missachtung nicht ausreichend einsetzen. Der Umgang mit Herrn Nawrocki, einem Freund Danziger Lumpen – Wielki Bu, Hooligans und Gesindel – ist – wie Jeremi Przybora und Jerzy Wasowski im „Kabarett der älteren Herren“ sagten – unterhalb der Widerstandsfähigkeit eines Durchschnittsmenschen. Tomasz Jastrun schrieb treffend und witzig über den aktuellen Präsidenten: „Ein Kaninchen hat die Wahlen gewonnen und leider geglaubt, es sei ein Löwe. Jetzt haben wir Kaninchen, das brüllt.“ („Przegląd“, 18.-24. November 2024). Dieses brüllende Kaninchen wird zum Symbol der gesamten PiS.

Zum Wohle Polens müssen wir diese Bande von Dieben und Kriminellen, die leider mit der polnischen Kirche im Bunde ist, stoppen, sie vor ein unabhängiges Gericht stellen und die Demokratie mit allen und für alle wiederaufbauen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,31666460,od-wyniku-polskich-wyborow-moze-zalezec-los-ue.html#S.opinion-K.P-B.1-L.2.zw>



ES WAR SO, ZUERST WURDEN WIR GETAUFT,
DANN KAMEN DIE TEILUNGEN UND ZWEI WELTKRIEGE,
DANN 50 JAHRE KOMMUNISMUS,
ABER DER EIGENTLICHE ZIRKUS BEGANN ERST SPÄTER

Zsfg.: JP

Migrationspolitik. Polen muss die Fehler des Westens vermeiden



Quelle: wyborcza.pl

Von **Henryka Mościcka-Dendys**

Die jüngsten Beschwerden über Schwierigkeiten bei der Erlangung eines polnischen Visums auf den Philippinen zeigen, dass die Verschärfung des Visasystems Wirkung zeigt. Nun ist es Zeit für die nächste Stufe. Ein Paket von vier Gesetzen zur Regelung der Migrationspolitik hat den Sejm erreicht.

Die Autorin ist Staatssekretärin im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten.

Der Visa-Skandal von 2019-23, der das Vertrauen in Polen als Schengen-Land erschütterte, war Teil eines umfassenderen, systemischen Problems. Die Behörden haben nicht erkannt, dass Polen ein sehr attraktives Land für Wirtschaftsmigranten geworden ist. Nicht nur für solche aus der Ukraine oder Weißrussland, sondern auch für solche von den Philippinen oder aus Pakistan. Die Vorgängerregierung verfolgte keine Migrationspolitik und reagierte auf den Migrationsdruck, indem sie die Zahl der ausgestellten Visa maximierte und dabei oft illegal Einfluss auf die Arbeit der Konsuln nahm. Infolgedessen wurde das polnische Visum in der Welt zu leicht erhältlich.

Die Personen reisten als vermeintliche Fachkräfte ein, die auf dem Arbeitsmarkt gesucht wurden und für die das polnische Visum der einfachste Weg war, ihren Aufenthalt in der EU, meist in Deutschland oder Schweden, zu legalisieren. Andere gaben sich als Studenten aus und nahmen mit Hilfe eines betrügerischen Geschäftsmodells, das von einer Gruppe nichtöffentlicher Universitäten entwickelt wurde, eine Beschäftigung auf.

Gleichzeitig wurde unter dem Slogan der „Universitätsautonomie“ und der „Internationalisierung der polnischen Wissenschaft“ die Kontrolle über die Aktivitäten der Hochschulen aufgegeben. Einige von ihnen

spezialisierten sich auf die Massenwerbung von Ausländern, ohne deren Immatrikulationsbescheinigungen oder Kenntnisse der Unterrichtssprache zu überprüfen. Es wurde ein Modell geschaffen, bei dem eine bestimmte Gruppe privater Einrichtungen von der Masseneinwanderung von Ausländern nach Polen profitierte, während die Kosten für diese Operation von uns allen, der gesamten polnischen Gesellschaft, getragen werden sollten.

Zwischen 2019 und 2023 haben wir in Polen eine Überproduktion von Arbeits- und Studiengenehmigungen erlebt, die nicht mit den tatsächlichen Bedürfnissen der polnischen Wirtschaft und Wissenschaft, den Integrationsmöglichkeiten und dem Grad der Akzeptanz der Massenmigration in unserer Gesellschaft übereinstimmt.

Der Schengen-Raum basiert auf gegenseitigem Vertrauen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass jeder Mitgliedstaat Visa für Reisen im gesamten Raum ausstellt und dabei einheitliche Regeln anwendet. Wenn jemand diese Regeln bricht, gefährdet er die anderen. Die logische Folge ist, dass die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen zurückkehren.

Alle Macht in den Händen der Konsuln

Die derzeitige Regierung hat ihr Denken über die Visapolitik völlig verändert. Der 2024 eingeleiteten Reform liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Antwort auf den zunehmenden Visadruck nicht darin besteht, das Angebot zu erhöhen, was Raum für Missbrauch schafft, sondern die Nachfrage nach dem polnischen Visum zu verringern.

Wir wollen die Fehler vieler europäischer Länder vermeiden, die in den letzten Jahrzehnten ihre Volkswirtschaften von einem massiven Zustrom von Wirtschaftsmigranten abhängig gemacht haben, mit allen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die dies mit sich bringt. Das bedeutet, dass wir ausländische Arbeitskräfte in engem Zusammenhang mit dem Bedarf anwerben müssen, wobei wir bedenken sollen, dass der Sprung zu einer wissensbasierten Wirtschaft nicht in einer Realität mit einem Überangebot an billigen Arbeitskräften vollzogen werden kann.

Letztes Jahr wurde ein Grundprinzip wiedereingeführt: Über die Erteilung oder Verweigerung eines Visums entscheidet immer der Konsul - niemand sonst. So steht es im polnischen Gesetz. Die Frage der Arbeitsvisa für philippinische Staatsangehörige, die von einigen als „neuer Visaskandal“ bezeichnet wurde [es gab Beschwerden von Personalvermittlungsfirmen über Warteschlangen und die Unmöglichkeit, einen Termin beim Konsul zu bekommen - Anm. d. Red.], zeigte paradoxerweise die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen. Das Konsulat erteilte die Visa in Übereinstimmung mit der gängigen Pragmatik. Die Lobbyarbeit für eine Vergrößerung des Pools verfügbarer Arbeitsvisa macht uns jedoch bewusst, vor welcher Herausforderung wir stehen.

Zu viele Arbeitsgenehmigungen

In vielen Ländern ist das Interesse an Arbeitsmigration in westliche Länder groß. Von den bereits erwähnten Philippinen aus versuchen jedes Jahr rund 1 Million Wirtschaftsmigranten, die Insel zu verlassen. In zentralasiatischen Ländern wie Usbekistan sind es fast 800.000 Menschen, von Afrika ganz zu schweigen. Im Jahr 2024 stellten die polnischen Konsuln in Manila insgesamt 8496 Visa aus. Das Interesse ist jedoch viel größer. Personalvermittlungsunternehmen erhalten jährlich 40.000 Genehmigungen für Arbeiten, die eigentlich niemand anbietet, und sie richten sich mit ihren Angeboten hauptsächlich an ungelernete oder gering qualifizierte Personen. Die Überproduktion von Arbeitsgenehmigungen ist übrigens eines der Hauptprobleme, mit denen wir derzeit konfrontiert sind. Im Jahr 2024 hat die Regierung eine Migrationsstrategie verabschiedet, aber auch ein Paket von vier Gesetzen vorbereitet, die die Forderung nach Wiederherstellung der Kontrolle über die Migrationsprozesse umfassend umsetzen. Sie sollen festlegen, welche Arbeitskräfte die polnische Wirtschaft benötigt, wie Studenten angeworben werden sollen und die volle Kontrolle darüber zurückgewinnen, wer in unser Land einreist und zu welchem Zweck. Schließlich werden der staatlichen Verwaltung die notwendigen Instrumente an die Hand gegeben, um die Zahl der erteilten Arbeitsgenehmigungen realistischer zu gestalten und den Missbrauch in diesem Bereich zu verringern. Die Arbeitgeber werden nur so viele Arbeitskräfte einstellen können, wie sie tatsächlich benötigen, und nicht doppelt und dreifach so viele wie bisher.

Das Gesetz über den Zugang von Ausländern zum Arbeitsmarkt sieht auch die Digitalisierung der Verfahren vor und, was besonders wichtig ist, die Integration von Ausländern. Schließlich werden im polnischen Recht obligatorische Gründe für die Verweigerung einer Arbeitserlaubnis eingeführt, wenn der mutmaßliche Arbeitgeber in der Praxis nur die Einreise von Ausländern nach Polen erleichtert. Auch die Möglichkeit der Arbeitnehmerüberlassung unter dem Deckmantel des so genannten Arbeitnehmer-Outsourcings soll eingeschränkt werden.

Überprüfung der Studienbewerber

Das Gesetz zur Verschärfung der Visaregelung sieht wiederum eine verstärkte Überwachung der Aktivitäten von Hochschuleinrichtungen vor. Ein Ausländer, der in Polen studieren will, muss seine Kenntnisse der Unterrichtssprache bestätigen und seine Studienberechtigung nachweisen (das Äquivalent des polnischen Abiturs). Schließlich bilden die oben genannten Gesetze die Grundlage für ein effektiveres System des Informationsaustauschs zwischen den für die Migrationspolitik zuständigen Institutionen. Der Grenzschutz oder die polnische Arbeitsaufsichtsbehörde werden mit neuen Instrumenten ausgestattet, die den aktuellen Bedürfnissen und nicht den Gegebenheiten in Polen am Ende des letzten Jahrhunderts entsprechen.

Zum Schluss noch eine gute Nachricht für alle, die wirklichen Spezialisten brauchen: Die neuen Gesetze sehen einen leichteren Zugang zum Visumverfahren für Ausländer vor, die von der polnischen Wirtschaft und Wissenschaft besonders gesucht werden. Es werden klare Kriterien für die Schaffung spezieller Visapfade festgelegt, wodurch der Ermessensspielraum, der zum Visa-Skandal führte, vermieden wird. In dem Außenministerium arbeiten wir an einer völlig neuen Plattform für konsularische Dienstleistungen, einschließlich Visa. Im kommenden Jahr möchten wir damit beginnen, biometrische Daten zu verwenden, um zu verhindern, dass Visatermine von unseriösen Vermittlern abgefangen werden. Wie das Beispiel der Philippinen gezeigt hat, werden diese Änderungen nicht immer auf Gegenliebe stoßen. Das liegt daran, dass sie gegen viele Geschäftsmodelle verstoßen.

Ehrliche Arbeitgeber und seriöse Universitäten werden jedoch schnell feststellen, dass die neuen Regelungen sie begünstigen. Sie werden auch jenen Ausländern zugutekommen, die ihrem erklärten Ziel entsprechend nach Polen kommen wollen: echten Studenten und Forschern sowie den Fachkräften - vom Handwerker bis zum Manager -, die die polnische Wirtschaft braucht.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,31662358,polityka-migracyjna-nbsp-polska-musi-uniknac-bledow-zachodu.html#S.opinion-K.P-B.1-L.2.zw>

Ärzte ohne Grenzen: Wir helfen Migranten, die von Hunden gebissen, geschlagen und verstümmelt wurden. Die Aussetzung des Asylrechts setzt sie dem Tod aus



Quelle: wyborcza.pl

Von den 442 Menschen, denen Ärzte ohne Grenzen in den vergangenen zwei Jahren geholfen hat, war die Hälfte Opfer von Gewalt. Die Mediziner befürchten, dass nach der „Aussetzung des Asylrechts“ die Zahl der Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze zurückgehen werde, allerdings nicht, weil sie dann nicht mehr dorthin kämen.

Wunden durch Stacheldraht, Gummigeschosse, Schläge, Hundebisse – das sind die häufigsten Verletzungen unter den Migranten, die von Ärzten ohne Grenzen an der polnisch-belarussischen Grenze behandelt werden. Dabei handelt es sich um eine internationale Organisation, die als einziger Zugang – wenn auch nur teilweisen – zu der von der Regierung eingerichteten „Pufferzone“ hat. Sie treffen auf Menschen, die dehydriert, extrem erschöpft, unterkühlt, gebrochen und schwer verletzt sind. Zwei Jahre lang – von November 2022 bis November 2024 – halfen sie 442 Menschen, die in der Wildnis gefangen waren. Fast die Hälfte von ihnen erlitt durch Gewalt verursachte körperliche Verletzungen.

Draginja Nadazhdin, Direktorin von Ärzten ohne Grenzen in Polen, erklärt gegenüber der „Wyborcza“, dass Sanitäter, die an der polnisch-belarussischen Grenze Menschen retten, Zeugen von Menschenrechtsverletzungen werden. Sie erleben, dass Migranten „zurückgedrängt“ und daran gehindert werden, ein Asylverfahren einzuleiten. Die Grenzschilder handeln dabei im Einklang mit der noch immer geltenden Anordnung des damaligen Chefs des Innen- und Verwaltungsministeriums, Mariusz Kamiński von der PiS, der bereits 2021 die Erlaubnis für Rückführungen erteilt hatte. 2024 treten neue Regelungen zum Waffengebrauch in Kraft, die den uniformierten Diensten mehr

Handlungsspielraum geben.

Ärztin ohne Grenzen: Es werden mehr Menschen sterben

All dies, betont Nadazhdin, verstößt nicht nur gegen grundlegende Menschenrechte, sondern stellt auch eine Bedrohung für das Leben der Menschen dar, die die Grenze überqueren. Eine Verschärfung der Vorschriften würde ihre Lage nur noch verschlimmern. Und das kann schwerwiegende Folgen haben.

Ihrer Meinung nach werde die Regierung ihr angestrebtes Ziel nicht erreichen und Migranten eben nicht davon abhalten, über die polnisch-belarussische Grenze zu kommen. Bei der Ankündigung der Migrationsstrategie im Oktober argumentierte Ministerpräsident Donald Tusk: „Wenn das Bewusstsein wächst, wird es weniger Tote an der Grenze geben.“

Die Direktorin von Ärzte ohne Grenzen betont, dass die Menschen, die an der polnisch-belarussischen Grenze landen, sowieso große Risiken eingehen und so entschlossen sind, dass sie nicht aufhören werden, dorthin zu kommen. Immer mehr Menschen werden dort in einer alptraumhaften Falle festsitzen, mit Nahrungs- und Wasserentzug und bedroht von Unterkühlung. Das sind diejenigen, die dringend Hilfe benötigen.

Bis zum heutigen Tage sind 89 Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze ums Leben gekommen. Nach der Aussetzung des Asylverfahrens könnten noch mehr Menschen sterben, warnt die Ärztin. Und sie fügt hinzu: Das Asylrecht darf nicht instrumentell als Element des politischen Kampfes eingesetzt werden.

Ärzte: Es sind Menschen, keine Spielfiguren

Uriel Mazzoli, Leiter der humanitären Operationen von Ärzte ohne Grenzen in Polen, hält den Vorschlag der Regierung, das Asyl auszusetzen, für „inakzeptabel“. Die polnische Regierung und die belarussischen Behörden müssen anerkennen, dass es sich hier um Menschen handelt und nicht um Spielfiguren, die für politische Zwecke missbraucht werden. „Das derzeitige System drängt Menschen, die Schutz suchen, in einen langfristigen Teufelskreis der Gewalt, ohne dass sie Zugang zu Hilfe haben. Diese Menschen haben absolut niemanden, an den sie sich wenden könnten“, sagt er.

Ärzte ohne Grenzen ruft Polen und die anderen EU-Mitgliedsstaaten zu einem dringenden Kurswechsel auf: Sie müssen das Recht auf territoriales Asyl schützen und aufhören, das Leben von Menschen zu gefährden, die in der EU Zuflucht suchen. Sie betonen, dass Polen während seiner EU-Ratspräsidentschaft die Gelegenheit habe, „Führungsstärke zu zeigen, indem es den Schutz des menschlichen Lebens und humanitäre Asylverpflichtungen über politische Werte stellt.“ Sie kritisieren die „entmenschlichende Rhetorik“ gegenüber Flüchtlingen und Migranten. Sie empfehlen, sie nicht als „Bedrohung“ oder Teil einer „hybriden Kriegsführung“ darzustellen. Sie warnen davor, dass Polen auf ein „kolossales Versagen“ zusteure, unter dem ihrer Beobachtung nach auch andere europäische Länder seit 2015 litten, wenn sie „anstatt die Bedürfnisse der Flüchtlinge und Migranten zu berücksichtigen, sich für Gewalt entscheiden“. Zu lange habe sich die Gesetzgebung in physischer Gewalt gegen schutzlose Menschen auf der Suche nach Schutz niedergeschlagen, schreibt Ärzte ohne Grenzen in ihrer offiziellen Stellungnahme, die sie am Dienstag im Sejm bei einer öffentlichen Anhörung zur „Aussetzung des Asylrechts“ vorstellt.

Dutzende Organisationen im Sejm

Die Entscheidung traf der Ausschuss für Verwaltung und innere Angelegenheiten, dem der Sejm den Gesetzentwurf in einer Abstimmung im Januar vorlegte. Dies wurde mit den Stimmen der PiS, der KO, dem Dritten Weg und der Konföderation beschlossen. Die Linke wollte den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit ablehnen, mit der Begründung, er sei mit der polnischen Verfassung und dem Völkerrecht unvereinbar.

Die von der Regierung geplanten Regelungen ermöglichen eine Aussetzung der Annahme von Asylanträgen von Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze für einen Zeitraum von 60 Tagen (mit der Möglichkeit einer Verlängerung). Heute sind Grenzbeamte gesetzlich dazu verpflichtet, den Asylantrag eines Migranten unabhängig von den Umständen anzunehmen. In der Begründung des Projekts erklärt die polnische Regierung, Putin und Lukaschenko würden diese Tatsache ausnutzen, um unser Land zu destabilisieren. Sie könnten durch die Aussetzung des Asylrechts gestoppt werden, weil andere Mittel „nicht den beabsichtigten Effekt gebracht haben“. Hier listet sie unter anderem auf: Errichtung eines Zaunes sowie intensive Arbeiten zum Bau einer Sperre und der Einrichtung einer „Pufferzone“.

Vertreter von über 40 Organisationen und Verbänden haben sich bereit erklärt, bei der öffentlichen Anhörung am Dienstag das Wort zu ergreifen, darunter: Polnisches Migrationsforum, Helsinki-Stiftung für Menschenrechte,

Ocalenie-Stiftung, Dajemy Dzieciom Siłę-Stiftung, Egala, We Are Monitoring. Auch Kevin James Allen vom Büro des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) in Polen soll einen Vortrag halten.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,31664295,lekarze-bez-granic-pomagamy-migrantom-pogryzionym-przez-psy.html>

Polen wird ohne die EU keine Supermacht sein, es würde zu einem gescheiterten Staat und einer gescheiterten Gesellschaft



Quelle: interia.pl

Von **Cezary Michalski**

Die Europäische Union macht die kleinen und mittleren Länder unseres Kontinents zu einem einzigen globalen Akteur. Wenn es dem „Konzert der Mächte“ von Trump, Putin und Xi Jinping gelingt, die Union zu zerreißen, werden alle europäischen Länder von der Landkarte der lebensfähigen subjektiven Akteure verschwinden. Sie werden zu Spielfiguren, die von den Großen auf dem Schachbrett eines neuen Jalta bewegt werden. Die innerlich am meisten gespaltenen Länder werden zu gescheiterten Staaten und Gesellschaften. Jeder externe Akteur wird seine eigene Partei und seine eigenen Lobbyisten haben. Was zeigt die tatsächliche Stärke eines Landes? Militär, Wirtschaft, Bevölkerung, territoriales Potenzial, natürliche Ressourcen? Nein, die Stärke oder Schwäche eines Staates wird durch die Fähigkeit seiner Eliten und Bürger bestimmt, eine politische Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, die Fähigkeit, ein Gemeinwesen aufzubauen, das auf einem gewissen Minimalkonsens, auf Zusammenarbeit, auf einem Gefühl der Schicksalsgemeinschaft beruht. Daraus ergeben sich Institutionen, Gesetze, Normen und deren Kontinuität. Dies bestimmt die Stärke des Staates.

Wie es im globalen Süden aussieht

Der globale Süden ist Schauplatz eines massiven Aufkommens gescheiterter Staaten und Gesellschaften. In Afrika, Asien und Südamerika gibt es zahlreiche Staaten, die an natürlichen Ressourcen reich sind, die manchmal sogar Hunderte von Millionen Einwohnern haben, die über prächtige und stolze Traditionen und

Kulturen verfügen, die tausend Jahre oder länger bestehen. Diese Staaten sind jedoch heute (und manchmal seit langem) gescheiterte Staaten und Gesellschaften.

Sie brauchen Unterstützung in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und humanitäre Hilfe, aber sie können auch nach Belieben geplündert und auseinandergerissen werden, sodass sich dort „interne Parteien“ bilden, die völlig von externen Akteuren (politischen, ideologischen, religiösen oder wirtschaftlichen) abhängig sind. In der Tat sind einige Länder des globalen Südens Länder, in denen schon immer Bürgerkrieg herrschte und immer herrschen wird. Bestenfalls kalt, oft aber auch heiß. Dort gibt es keine Gemeinschaft, auch wenn es Stolz gibt.

Der Westen hat (sowohl in der kolonialen als auch in der postkolonialen Ära) oft von der Schwäche dieser gescheiterten Staaten profitiert. Allerdings hat er den globalen Süden auch mit Technologie versorgt (nicht nur mit Militärtechnologie, sondern auch mit Technologie zur Ernährung der eigenen Gesellschaften). Sehr selten ist es jedoch gelungen, diese Gesellschaften von der liberalen Demokratie zu überzeugen, von einem gemischten System (das den Willen des Volkes und den Sachverstand der Eliten geschickt miteinander verbindet), von einem politischen System, das zumindest auf einem Minimalkonsens beruht, der es den in den Ländern des globalen Südens lebenden Stämmen – ethnischen Stämmen, ideologischen Stämmen, religiösen Stämmen (denn auch das Christentum kann eine universelle Religion sein, aber auch ein Stammes-Totem) – ermöglicht, zusammenzuarbeiten.

Es kann zu Volksabstimmungen kommen, bei denen ein Stammeskriegsfürst eine Rechtfertigung dafür findet, einen anderen Stammeskriegsfürsten (und vielleicht auch dessen Stamm) zu vernichten. Und dieser Kriegsherr wird seinerseits verständlicherweise das Ergebnis der Abstimmung nicht anerkennen. Aber es wird immer noch keine Demokratie sein, und schon gar keine liberale Demokratie, ein gemischtes System, das dem Staat Stärke und der Gesellschaft zumindest relative Einheit verleiht.

Die Stämme des globalen Südens führen Bürgerkriege, in denen Felder und Getreidesilos niedergebrannt, Dämme und Brücken gesprengt, Fabrikrüinen in Schlachtfelder verwandelt und Stadtbusse zum Transport von Kämpfern an die Front benutzt werden. In solchen gescheiterten Gesellschaften und Staaten wird sogar humanitäre Hilfe abgefangen, gestohlen, zerstört oder gegen Waffen getauscht.

Wir können alle der globale Süden werden

Polen wird entweder in der Lage sein, ein Mindestmaß an Konsens, ein Mindestmaß an gegenseitiger Akzeptanz der staatlichen Institutionen zu erreichen, unabhängig davon, in wessen Händen sich der Staat befindet, oder es wird zu einem gescheiterten Staat und einer gescheiterten Gesellschaft. Er wird weiterhin in den Tiefen seines virtuellen, symbolischen, aber realen Bürgerkrieges waten, was für die Gesellschaft und den Staat sehr riskant ist. Das ist sehr riskant für die Gesellschaft und den Staat. Besonders riskant im geopolitischen Umfeld des „Konzerts der Mächte“, wenn jede Macht im Konzert ihre Lobbyisten hier haben will, ihre „Partei“ – und mit einem hohen Maß an internen Konflikten wird es leicht haben.

So ergeht es verschiedenen Ländern des globalen Südens. Der Traum von Trump, Musk, Putin, Xi Jinping ist, dass es in Europa keine Europäische Union mehr geben wird. Polen, Ungarn, die Slowakei und warum nicht auch Deutschland und Frankreich werden dann als gescheiterte Staaten behandelt werden mit ihren ideologischen Parteien, Wirtschaftsparteien oder was auch immer.

Das Spiel mit TikTok zeigt, dass Trump nicht einmal einen Krieg mit China will. Er will eine Aufteilung der Beute und ist bereit, für Anteile an der Globalisierung, für den Zugang zu den Märkten zu handeln. Er sieht China, er sieht Russland, er sieht Saudi-Arabien (und die gesamte Ölregion). Aber in diesem „Konzert der Mächte“ kommt ihm die Union in die Quere, und er kann nicht einmal Polen durch sein Fernglas sehen. In dem neuen Jalta, das Putin Trump vorschlägt und für das Trump offen ist, existiert Polen nur als eine von vielen regionalen Spielfiguren, die von den eigentlichen Akteuren geopfert werden.

Beim Aufbau ihrer eigenen Parteien durch das „Konzert der Mächte“ in Gesellschaften und Staaten, die von Natur aus und traditionell bankrott sind, hilft der Kulturkampf offensichtlich.

Die Russen und Chinesen haben es sogar in den USA, einer der Partnermächte des „Konzerts“, so richtig hochgedreht. Stellen Sie sich vor, wie leicht Musk oder russische oder chinesische Trolle die Kulturkriege in den gescheiterten Staaten, zu denen alle europäischen Länder nach der Zerstörung der EU werden, anheizen können. Transsexuelle, nicht-binäre Menschen, die „ideologisch erwachte kulturelle Linke“, Aktivisten, die millionenschwere Migration für ein Menschenrecht halten.... werden zuerst von der

gesamten „konservativen heteronormativen Mehrheit“ verlangen, sich ihnen anzupassen, und dann werden sie von dieser Mehrheit zum Opfer gemacht.

All dies wird in einer Welt geschehen, die bereits ohne Recht, ohne Institutionen, ohne allgemein anerkannte Normen ist. Niemand wird dies überleben, aber noch bevor die beiden Seiten des Kulturkriegs in den gescheiterten Staaten selbst zusammenbrechen, werden sie des Großen des „Konzerts der Mächte“ als Instrument zur Beschneidung der sozialen und politischen Gemeinschaft dienen.

Beispiel für Schwäche

Und noch eine ganz aktuelle Frage, die allerdings mit dem Thema dieser Kolumne zusammenhängt, weil sie das Ausmaß der Stärke und Schwäche des polnischen Staates und der polnischen Gesellschaft zeigt. Die Szenen von gestern („gestern“ für die Leser, denn, wenn ich diesen Text schreibe, ist es immer noch heute), d. h. von Ziobros Zirkus und dem Zirkus des Untersuchungsausschusses (das Rennen der Zirkusleute hat sich ausgeglichen), erinnern an die Szenen aus den Tagen der Abhörkrise um die Falenta-Bänder. Damals brachte ein Mann, der mit den Russen verhandelte, die polnische Regierung zu Fall – zur großen Hilflosigkeit der Letzteren und zur großen Freude der „Souveränitäts“-Rechten.

Heute sollte Ziobro als Vertreter einer Regierung, die Pegasus, ein Instrument zum Schutz der Polen vor Terroristen und der Mafia, zur Überwachung von Oppositionspolitikern im Wahlkampf eingesetzt hat, denjenigen gegenübertreten, die die Angelegenheit aufklären sollten (dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss). Und diejenigen, die die Angelegenheit aufklären sollten, erwiesen sich als ebenso hilflos wie die Regierung gegenüber den Falenta-Aufnahmen im Jahr 2014. Das sind die Dinge, durch die Macht gewonnen oder verloren wird.

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-polska-bez-unii-nie-bedzie-mocarstwem-stanie-sie-panstwem-i-.nld.7903729>

Donald Trump hat einen US-Botschafter in Polen ernannt



Quelle: onet.pl

Donald Trump hat den Geschäftsmann und Kommentator Thomas Rose zum US-Botschafter in Polen ernannt. Der US-Präsident gab die Nominierung in seinem sozialen Netzwerk Truth Social bekannt.

Polnische Presseagentur

„Thomas ist ein angesehener Geschäftsmann und Kommentator, der fast ein Jahrzehnt lang eine erfolgreiche Radiosendung auf Sirius XM moderierte und als Herausgeber und CEO der Jerusalem Post tätig war. Er **wird dafür sorgen, dass unsere Interessen in Polen vertreten werden und wird Amerika immer an die erste Stelle setzen**“, schrieb Donald Trump.

Rose war zuvor auch **Chefstrategie und leitender Berater von Vizepräsident Mike Pence**.

Rose hat in der Vergangenheit als Fernseh-, Radio- und Zeitungsreporter gearbeitet und war auch in Führungspositionen tätig. Sieben Jahre lang war er **Herausgeber und Geschäftsführer der „Jerusalem Post“**, und er war auch Gastgeber und Produzent der Radiosendung „The Bauer and Rose Show“ auf Sirius XM Satellite Radio.

Thomas Rose ernannt zum US-Botschafter in Polen. Dies sagte er über die polnische Regierung

Ende Januar – am Tag der Verteidigung von Donald Trump – erinnerte Rose an die vorangegangene Amtszeit des derzeitigen US-Präsidenten und sprach in diesem Zusammenhang über die Beziehungen zu Präsident Andrzej Duda und der Regierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki. **Es besteht kein Zweifel daran, dass Präsident Trump ein ausgezeichnetes Verhältnis zu Premierminister Morawiecki hatte und mit Präsident Duda**, der immer noch im Amt ist, der am Aufbau einer starken bilateralen Beziehung beteiligt war, sagte er im TV wPolsce24.

Auf die Frage nach seiner Prognose für die derzeitigen Kontakte zwischen der polnischen Regierung und der Trump-Administration erklärte er, dass **„vor den Präsidentschaftswahlen in Polen zu entscheiden**

ist, ob Polen sich dem Machtzentrum der Europäischen Union annähern will, (...) oder ob Polen vielleicht ein stolzes, souveränes Land bleiben will, das seinen Bündnisverpflichtungen nachkommt“.

Ende Dezember 2024 **traf sich Thomas Rose mit Andrzej Duda**. „Es war eine große Ehre für mich, Amerikas größten Freund in Europa zu treffen“. - schrieb er damals auf X.

Im Januar endete die Mission des Botschafters in Warschau **Mark Brzezinski**. Bis zur Bestätigung und Ankunft des neuen US-Botschafters in Polen wird die Funktion des Geschäftsträgers von Daniel Lawton wahrgenommen.

Zsfg.: JP

<https://www.onet.pl/informacje/onetwiadomosci/donald-trump-nominowal-thomasa-rosea-na-ambasadora-usa-w-polsce/j6s1cd8,79cfc278>

Eine Mauer um ganz Deutschland?



Quelle: interia.pl

Von **Jarosław Kuisz**

Vor einigen Tagen mischte ich mich am Brandenburger Tor unter die Menge der Demonstranten. Sie protestierten gegen die Rückkehr des Faschismus in Deutschland. Regenbogenfahnen, Peace-Zeichen, Protestlieder. In Berlin versammelten sich Berichten zufolge rund 160.000 Menschen. Tausende von Menschen. Obwohl nicht nur Angehörige der 68er-Generation auf die Straße gingen, wurde man das Gefühl kaum los, die Menschenmenge stamme aus einer vergangenen Welt. Der Widerstand gegen die AfD wurde zu Recht und in großer Zahl geäußert, doch dies war nur eine von zwei Agoren. Das Zentrum des politischen Lebens „im wirklichen Leben“, das vor unseren Augen schmilzt.

Die zweite Agora war mit bloßem Auge nicht zu erkennen, was jedoch nicht bedeutet, dass sie nicht vorhanden war. In der digitalen Welt lobte Elon Musk, der angeblich reichste Mann der Welt, von seinem Bildschirm aus die deutsche extreme Rechte. Er ermunterte zu Optimismus und den Glauben an eine bessere Zukunft, was nicht möglich sei, ohne uns von der Last der Geschichte zu lösen. In verschiedenen Ländern haben solche weit gefassten Wörter unterschiedliche Bedeutungen. Es ist ein Zufall, dass in Deutschland die Lockerung der Haltung gegenüber den Sünden der Eltern und Großeltern nicht mehr und nicht weniger eine Lockerung der Haltung gegenüber dem Dritten Reich bedeutet. Dabei ist das viel belächelte „argumentum ad Hitlerum“ nicht ganz haltlos. Denn der Großvater der heutigen AfD-Vorsitzenden Alice Weidel war Mitglied in NSDAP und SS.

Mehr noch, Herr Hans Weidel machte im von den Nazis besetzten Warschau Karriere. Irgendwie überrascht es mich nicht, dass die sonst so gelassene Alice Weidel in einem kürzlichen Interview ein

ungeduldiges Augenrollen nicht unterdrücken konnte, als sie zum Nazi-Erbe befragt wurde. Sie lächelte, als sie die Worte des virtuellen Musk hörte, dass es an der Zeit sei, sich nicht mehr moralisch für die Großeltern verantwortlich zu fühlen.

Alice Weidels Schlitzohrigkeit

Die erste Agora wurde im altmodischen Fernsehen gezeigt. Die Daten wurden nicht ohne Stolz bereitgestellt. Und die Melancholie kehrt wieder zurück. Die zweite Agora nimmt unterdessen die erste unter Kontrolle. Allein auf Alice Weidels YT-Profil hat Musks Interview mit ihr über 350.000 Aufrufe. Wie steht es um die Reichweite in anderen sozialen Medien, wobei „X“ an erster Stelle steht? Dass der Milliardär sogar mit öffentlichem Hitlergruß ungestraft davonkommt, sagt viel über die aktuelle politische Situation aus.

Die 160.000 Demonstranten im echten Leben sind ein Tropfen im digitalen Ozean. Ein Tropfen, der machtlos ist gegenüber den Interpretationen, die dem Ereignis aufgezwungen werden können. Ein Tropfen, der übrigens am besten mit Kübeln von Nachrichten zu anderen Themen, Unsinn und Katzenbildern überflutet wird. Bis nach ein, zwei Tagen der dichte Andrang am Brandenburger Tor aus dem Gedächtnis verschwindet. Selbst aus dem Gedächtnis der Teilnehmer.

Ihre Slogans schienen letztendlich von „gestern“. Immer wieder sprachen sie – in ergreifend formelhafter Weise – über die tragische Geschichte und die Angst vor einer Rückkehr des Dritten Reichs. Mittlerweile wird die AfD von einem anspruchsvolleren Gegner als Björn Höcke geführt. Alice Weidel ist geschickter darin, Kritikschlägen auszuweichen und auf die falsche Spur zu bringen.

Ja, sie ist die Enkelin eines Nazis, die nicht die Absicht hat, die deutsche „Schuldkultur“ aufrechtzuerhalten, aber sie ist auch eine gut ausgebildete Ökonomin und eine offiziell erklärte Lesbe mit einer Partnerin aus Sri Lanka. Hinzu kommt: Alice Weidel, die zum Grenzschutz aufruft, lebt offiziell selbst gar nicht in Deutschland. Gemeinsam mit ihrer Partnerin und den beiden Kindern entschied sie sich für die Schweiz.

Defizite der Demokratieverteidiger?

Es erfordert von den Gegnern größere intellektuelle Anstrengungen, Argumente gegen eine Politikerin mit einer derartigen Biografie aufzubauen. Ihr beispielsweise schlicht Intoleranz vorzuwerfen, erfordert mehr Finesse, sonst wirkt es nicht überzeugend. Im Wahlkampf ist diese intellektuelle Arbeit, die den politischen Realitäten des Jahres 2025 angemessen ist, leider nicht erkennbar. Das Einzige, was seinem Hauptkonkurrenten von der CDU, Friedrich Merz, in letzter Zeit noch gelungen ist, ist, die Parolen der AfD zu kopieren und einen erfolglosen Versuch zu unternehmen, sie – mit Unterstützung der Stimmen der AfD – im Bundestag durchzusetzen.

Zwei Agoren kämpfen miteinander. Die Temperatur des Streits steigt. Leider scheint die digitale Agora in Deutschland immer erfolgreicher zu werden. Der deutsche Populismus will offensichtlich nicht nur Grenzkontrollen, sondern auch eine Revision der Haltung gegenüber der dunklen Vergangenheit.

Derzeit läuft allerdings das große Pudern bei der Partei, die nicht als allzu extremistisch erscheinen will. Die Wahlen Ende Februar könnten uns eine böse Überraschung bringen. Nun, es würde mir nichts ausmachen, wenn sich meine Befürchtungen als unbegründet herausstellen würden. Dennoch kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass die Verteidiger der Demokratie im Jahr 2025 intellektuell zu sehr in die Vergangenheit und zu wenig in die Zukunft blicken.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-mur-dokola-niemiec.nld,7905770>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [focus.de](https://www.focus.de)

"Es darf in Europa keine Entscheidung geben, die zu höheren Energiepreisen führt. Wir müssen uns alle darauf konzentrieren, Entscheidungen zu treffen, die sich direkt auf die Senkung der Energiepreise auswirken."

Donald Tusk

Quelle: https://x.com/Platforma_org/status/1887859435344740405?s=19

tagesspiegel.de

„Das wäre eine Katastrophe“: Bürgermeisterin in Slubice gegen dauerhafte Grenzkontrollen

<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/grenzstadt-buergermeisterin-in-slubice-gegen-dauerhafte-grenzkontrollen-13154791.html>

berliner-zeitung.de

„Kriminelle Gruppe“: Gegen Polens Regierung wird wegen Verdachts eines Staatsstreichs ermittelt

<https://www.berliner-zeitung.de/news/gegen-polens-regierung-wird-wegen-des-verdachts-eines-staatsstreichs-ermittelt-li.2293884>

deutschlandfunk.de

Von der Leyen reist mit EU-Kommission nach Danzig

<https://www.deutschlandfunk.de/von-der-leyen-reist-mit-eu-kommission-nach-danzig-102.html>

focus.de

Europäischer Außenminister übt scharfe Kritik an Trumps Drohungen gegen Alliierte

https://www.focus.de/politik/nie-eine-rechnung-geschickt-europaeischer-aussenminister-uebt-scharfe-kritik-an-trumps-drohungen-gegen-alliierte_id_260692097.html

euroactiv.de

Polen lehnt EU-Migrationspakt weiterhin ab

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polen-lehnt-eu-migrationspakt-weiterhin-ab/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik